

Protokoll der Ausbildungskommission vom 24. November 2016
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Anwesende Mitglieder

Beginn: 10:35

Ende: 13:10

Professoren

Hundsdoerfer

Kleinaltenkamp

Bester

n/a (für Bigus)

Sonstige MitarbeiterInnen

Hannig

Danders (für Brüggemann)

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen

n/a (für Reuer)

Studierende

Stockhausen

Hensky

Leonhardt

Pannewitz (für Mateyka)

Sauer (für Köhler)

Barena (für Ksoll)

n/a (für Sorgatz)

Protokoll Stockhausen/Hensky

Themenliste

TOP 0 (neu) - Genehmigung Protokoll

TOP 1 (neu) - Neuwahl Vorsitz

TOP 2 (neu) - Reform des BA BWL und des BA VWL (insb. Struktur der Vertiefungsgebiete,
Streichpunktregelung, unbenotete Module)

TOP 3 (neu) - Fachgespräch BWL

TOP 4 - Verschiedenes

TOP 0

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig angenommen.

TOP 1

Stockhausen gibt seinen Vorsitz auf. Die Kommission dankt ihm für die Arbeit.
Hensky kandidiert für den Vorsitz. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.
Mateyka bleibt Vize-Vorsitzender.

TOP 2

Allgemeine Informationen zur Haushaltslage werden ausgetauscht. Die Kommission ist sich einig, dass Vorschläge zur Reform der Bachelorstudiengänge nicht allein der finanziellen Lage des Fachbereichs geschuldet sind.

Hensky

Die Haushaltlage am Fachbereich ist prekär. Dieser Umstand sei bei der folgenden Diskussion zu beachten, jedoch nicht vorrangige Angelegenheit dieser Kommission.

Kleinaltenkamp führt aus.

Es gibt eine haushaltsmäßige Enge, die mehrere Ursachen hat: Leistungsorientierte Mittelvergabe (Kriterien sind exogen gegeben), Überbuchungen in anderen Fächern unserer Fächergruppe setzen uns zu und führen zu einem Defizit.
Dabei ergeben sich durchaus Berührungspunkte mit der Ausbildungskommission, da es Auswirkungen auf die Qualität der Lehre (reduzierte Teaching Assistants, etc.) und damit auf Studienzeiten und vieles mehr geben könnte.

Pannewitz

weist darauf hin, dass der Fachbereich in der Lehre vergleichsweise gut dasteht, aber nicht in Forschung und Gleichstellung.

Kleinaltenkamp

Die Defizite konnten bislang durch effiziente(!) Lehre kompensiert werden, allerdings ist der Fachbereich auch in der Lehre relativ zurück gefallen (von Platz 1 auf Platz 3).
Die LMO-Vorgaben werden auf Senatsebene verhandelt und nach unten durchgereicht.
Wir beobachten zurzeit die Entwicklung über die letzten vier Jahre.

Pannewitz

Ein dauerhafter Wettbewerbsvorteil in der Lehre reicht nicht aus, es muss an den anderen Stellschrauben gedreht werden.

Hundsdoerfer

Die Fächergruppenzusammenstellung ist eine politische Entscheidung, die vom Präsidium getroffen wurde. Heute gibt es nur noch zwei Gruppen (statt wie früher drei).

Auf die Einteilung konnte der FB keinen Einfluss nehmen.

Generelle Anmerkung: Überarbeitung des Bachelors BWL ist nicht nur aus der Not gedrungen.

Bester

sieht keinen drängenden Überarbeitungsbedarf beim Bachelor VWL und kritisiert, dass er den studentischen Vorschlag zu kurzfristig bekommen hat und an dem Vorschlag zur BWL ja schon lange gearbeitet würde.

Hensky

Auch am studentischen Vorschlag wurde schon lange gearbeitet und daher liegen beide Vorschläge gleichwertig der Kommission zum ersten Mal vor.

Hundsdoerfer

Die Überarbeitung des Bachelor BWL muss zum 01.10.2017 abgeschlossen sein. Der Fachbereichsrat müsste am 02. Dezember über Änderungen entscheiden, um die rechtliche konzeptionelle Prüfung planmäßig durchführen zu können.

Er erklärt auf Nachfrage, dass auch bei einer intensiven Beschäftigung mit dem studentischen Vorschlag erst bei der nächsten ordentlichen Sitzung der Ausbildungskommission, es zeitlich unproblematisch ist, eine Reform zum Wintersemester 16/17 durchzuführen.

Die Kommission einigt sich auf eine kurze Vorstellung des studentischen Vorschlags zum Bachelor VWL

Reform des BA VWL

Barrena und Beyer präsentieren den Konzeptentwurf (siehe Anhang 1). Insbesondere gehen sie dabei auf die Gründe für häufiges Nicht-Abschließen des Bachelors VWL, sowie die Innen- und Außenwirkung des studentischen Vorschlags ein.

Bester schildert seine ersten Eindrücke (keine endgültigen Statements).

Manche Vorschläge betreffen nur interne Organisationsfragen.

Die Einführung der VWL durch zwei Lehrstühle (Mikro und Makro) scheint machbar und ist eine gute Idee.

Mikro I und Makro I parallel anzubieten, ist eine gute Idee auch wenn es Reibungen geben könnte

Herr Bester ist bereit sich mit Kollegen zu besprechen und anzustoßen.

Zertifikate sind eine gute Idee; könnten/müssten aber ebenfalls nicht in der Studien- und Prüfungsordnung geregelt werden.

Bzgl. der Reformideen der juristischen Fächer ist Herr Bester eher skeptisch, da es sich um grundlegende Inhalte in den Modulen Öffentliches Recht und Privatrecht handelt.

Eine Einladung und Diskussion mit Lehrenden wäre zu begrüßen.

Des Weiteren drückt Herr Bester die Befürchtung aus, dass viele Leute mit ihrer Juraprüfung am Ende ihres Studiums scheitern könnten, sollte dem studentischen

Vorschlag gefolgt werden. Bislang würden Studierende nach drei Semestern mit allen Grundlagen fertig, laut Vorschlag würden sich die Grundlagen bis ins vierte Semester ziehen. Dies wäre bedenklich.

Modul Ideengeschichte: Dafür gibt es keine Kapazität, d.h. niemanden, der das anbieten könnte und es gibt inhaltliche Bedenken. Außerdem würde die Anzahl der Pflichtveranstaltungen wieder erhöhen, was gegen den Geist der vorherigen Reform sprechen würde. Zudem gibt es schon das Modul Dogmengeschichte und ein studentisch organisiertes Angebot. Herr Bester hält ein Plädoyer für studentisches Engagement und betont, dass individuelle Absprachen mit Lehrstühlen möglich wären.

Auch er findet es bedauerlich, dass die VWL im ersten Semester so im Hintergrund stehen. Mikro und Makro bauen jedoch auf Mathe auf, sodass es sich um ein inhaltliches Abstimmungsproblem handelt.

Die Ausbildungskommission sollte eine Diskussion für den Institutsrat VWL anregen.

Die Kommission einigt sich auf weitere Besprechung zur Reform des Bachelor VWL in der nächsten Sitzung der Ausbildungskommission.

Reform des Bachelor BWL

Kleinaltenkamp präsentiert Vorschlag (siehe Anhang 2).

Dabei geht es insbesondere um die Verteilung von Pflichtmodulen, die Reduzierung des VWL Anteils (Makro), die Streichpunkteregeung (Anreiz für schnelleres Studium schaffen als damalige Grundidee) sowie um die Module Grundlagen der BWL, Strategisches Management und Personalmanagement.

Wer könnte Grundlagen der BWL und wie soll es ausgestaltet werden? Ein Vorschlag wäre am Anfang des 1. Semesters einen Blockkurs anzubieten. Damit würde ein Überblick geschaffen werden für die Studierenden, um danach in weitere Grundlagen einsteigen zu können. Angeboten würde dieser Blockkurs von Herrn Mellewig. Ein Problem könnte die Abstimmung mit den Angeboten im Bachelor VWL darstellen. Zudem soll es Einsparungen bei der Zahl der Vertiefungsgebiete geben, die dafür jedoch mehr Leistungspunkte umfassen können, und der Pflichtanteil im Bereich VWL sollte gekürzt werden.

Ersatz für Grundlagen des Managements

Kleinaltenkamp

Strategisches Management und Personalmanagement sollten in den Pflichtteil hinein und die frühere Grundlagenveranstaltung Management herausgenommen werden für den Bachelor BWL. Der Bachelor VWL sollte davon nicht betroffen werden.

Pannewitz

schlägt vor Personalmanagement nicht als Pflicht, sondern nur als Wahlpflichtmodul anzubieten.

Kleinaltenkamp

sieht Personalmanagement als wesentlichen Bestandteil eines BWL Studiums und gibt zu bedenken, dass es zu Diplomzeiten ebenfalls Pflicht war.

Auch nach ausführlicher Diskussion besteht Dissens zwischen Professoren/Sonstigen Mitarbeitern und Studierenden. Daraufhin erklärt sich Herr Kleinaltenkamp bereit, zwei Vorschläge zur konzeptionellen Prüfung an Frau Luther zu geben. Vorschlag 1: Strategisches Management ersetzt Grundlagen der BWL als Pflichtmodul und Personalpolitik bleibt unverändert.
Vorschlag 2: Strategisches Management ersetzt Grundlagen der BWL als Pflichtmodul. Zudem wird Personalpolitik Pflichtmodul und Grundlagen der Makroökonomie wird als Wahlmodul angeboten.

Vertiefungsgebiete und verpflichtendes Seminar

Kleinaltenkamp

erklärt, dass der wichtigste Punkt der Reform sei, dass die Wahl der Vertiefungsgebiete flexibilisiert wird.

Es müssen mindestens zwei Vertiefungsgebiete mit mindestens 12 Leistungspunkten gewählt werden. Ein Seminar wird zur Pflicht gemacht.

Hundsdoerfer

Das führt dazu, dass mehr Fächer aus einzelnen Bereichen, bspw. Wirtschaftsinformatik belegbar werden. Weiter geht er auf den hohen didaktischen Wert von Seminaren ein. Bislang führten die Gegner eines Pflichtseminars Kapazitätsgründe als Hauptargument an.

Brennecke/Pannewitz

fragen, wie es um die Größe von Seminaren stehen würde, da die Gewährleistung der Qualität gegeben sein müsste. Die Herkunft der Ressourcen sei evtl. nicht gesichert.

Kleinaltenkamp, Hannig, Danders

geben an, dass ein Grund für geringen Besuch ist, dass sie nicht in die Vertiefungsgebiete einbringbar sind. Genau das soll sich nun ändern.

Kontroverse Diskussion über Verpflichtung.

Bei 150 Absolventen pro Jahr müssten fünf Seminare mit jeweils 30 Plätzen angeboten werden.

Zurzeit werden zwischen zwei und drei Seminare pro Semester angeboten. Es herrscht Konsens über die Wahl in den Vertiefungsgebieten, jedoch nicht über die Verpflichtung eines Seminars.

Kleinaltenkamp

fragt, ob die Studierende Pflichtseminare unterstützen würden, wenn die konzeptionelle Prüfung bzgl. der Kapazitäten positiv ausfällt.

Hundsdoerfer

Schlägt vor, auf die Dreisemesterplanung zu gehen und durch die Verpflichtung die Kapazitäten leichter beeinflussen zu können.

Kleinaltenkamp

Es darf sich nicht der Logik der LOM untergeordnet werden, sonst droht eine Abwärtsspirale in der Lehre.

Konsens herrscht weiterhin über das Angebot der Seminare, nicht aber über die Verpflichtung.

Studienverlaufspläne

Kleinaltenkamp

Stellt die Änderungen im Studienverlaufsplän vor. Der Fachbereich will alternative Verläufe für unterschiedliche Master als Ziel anbieten.

Allgemeiner Konsens herrscht über alternative Verlaufspläne.

Rechtsfächer

Pannewitz

merkt an, dass die Rechtsfächer und insbesondere Privatrecht recht spät empfohlen werden (im 4 bzw. 5 Semester).

Öffentliches Recht sollte vor Privatrecht behandelt werden, sei der Wunsch der juristischen Lehrenden.

Hensky

Schlägt vor, den Vorschlag aus der VWL-Reform aufnehmen und zwei der vier Rechtsfächer als Wahlpflicht anzubieten.

Hundsdoerfer/Kleinaltenkamp

schlagen vor, Privatrecht als Pflicht beizubehalten und Öffentliches Recht zum Wahlpflichtfach zu machen und damit auch ins Vertiefungsgebiet Recht aufnehmen.

Allgemeiner Konsens über diesen Vorschlag: Privatrecht bleibt Pflicht. Studierende müssen zusätzlich Öffentliches, Handels – und Gesellschafts-, oder Arbeitsrecht wählen. Die jeweiligen anderen zwei Rechtsfächer können als Vertiefung gewählt werden. Weitere Besprechung mit Prof. Sodan und Prof. Rödl werden angestrebt.

Streichpunkteregelung

§33 Abs.2 BerlHG regelt den Prüfungsdruck zu senken. Dieses Ziel wird durch die Streichpunkteregelung erreicht. Dies entspricht einer teleologischen Auslegung im Gegensatz zur vorherigen wortwörtlichen Auslegung des BerlHG, das regelte, dass jede

bewertete Prüfungsleistung in die Gesamtnote einfließen müsste.

Ein Antrag auf die Anwendung der Streichpunkteregelung muss durch den Studierenden bis spätestens zur Zeugnisausgabe erfolgen. Da ein Nachweis von Urlaubssemestern (Auslandsstudium, Betreuung o.ä.) erfolgen muss, d.h. sehr sensible persönliche Daten abgefragt werden müssen, die nicht automatisch vom Prüfungsbüro erfragt werden dürfen, ist ein Antrag nötig.

Die Vertreterinnen des Prüfungsbüros erklären sich mit einer offensiven Kommunikation dieses Sachverhalts einverstanden (bspw. auf dem Antrag auf Studienabschluss).

Die Streichpunkteregelung soll im Bachelor VWL ebenfalls übernommen werden. Nur positive Änderungen werden dabei gewertet, sodass alle Studierende automatisch in die neuen Ordnungen wechseln könnten.

Unbenotete Module

Barrena

fragt, wie die Auswahl der unbenoteten Module vorstattenging.

Hundsdoerfer

erklärt, dass hauptverantwortlich didaktische Gründe waren. Es handelt sich um die ersten Module, in denen die Studierenden evtl. Probleme haben könnten sich einzufinden neben anderen möglichen Problemen wie der Wohnungssuche etc. .

Pannewitz

wendet ein, dass in den Grundlagenfächern die Studierenden tendenzielle gute bis sehr gute Noten erzielen.

Hundsdoerfer

Erläutert weiter, dass undifferenzierte Bewertung auf Antrag im ersten Semester durch die Studierenden ausscheidet, da man die Studierenden nicht überlasten will bzw. es ihnen nicht zuzutrauen ist. Außerdem ist mit einem enormen Verwaltungsaufwand zu rechnen, da bereits in den Mastern, in denen diese Regelung greift, viele Einzelfälle zu bearbeiten sind.

25% des Gesamtstudienumfangs müssen unbenotet sein, die Streichpunkteregelung fällt hier nicht darunter.

Alternativ zu dem eingebrachten Vorschlag könnte man anstelle auch Privatrecht und Öffentliches Recht unbenotet werden lassen.

Allgemeiner Konsens darüber, dass der Vorschlag der unbenoteten Rechtsfächer des Pflichtteils den Vertretern des Fachbereichs Jura vorgeschlagen werden sollte, falls Privatrecht und Öffentliches Recht nicht zu Wahlpflichtmodulen gemacht werden.

Sonstige Vorschläge zur Reform

Pannewitz

schlägt vor, das VWL Modul Ausgewählte Fragestellung der VWL in das BWL Curriculum

aufzunehmen.

Hundsdoerfer und Kleinaltenkamp

Zeigen sich grundsätzlich aufgeschlossen, wenden jedoch ein, dass die Voraussetzung die Kooperation durch die Lehrenden der VWLer ist.

Pannewitz

spricht Übergewicht von FACTS Kurse gegenüber anderen Kursen an.

Hundsdoerfer

erklärt, dass die Anzahl der FACTS-Kurse im deutschlandlandweiten Vergleich normal ist. Allerdings ist die geringe Zahl von Management Kursen nicht normal.

Weitere Erkenntnisse aus den Fachgesprächen: Die Aussagefähigkeit von Zeugnissen sollte erhöht werden. In der nächsten Sitzung zu diskutieren.

TOP 3

Ausführliche Bezugnahme/Besprechung der Fachgespräche bereits unter vorgezogenem TOP 2, da die Ergebnisse bereits in den Reformvorschlag BWL eingearbeitet wurden.

Kleinaltenkamp

sieht den Einbezug von Externen als sehr positiv an, insb. die regelmäßige Abfrage von Meinungen.

TOP 4

Die Kommission dankt Herrn Stockhausen nochmals herzlich für seine Arbeit als Vorsitzender.

Zwei positive Rückmeldungen über die Feedbackbox des Prüfungsbüros.

Die Sitzung wird geschlossen.

Anhänge

1. Reformvorschlag Bachelor VWL
2. Reformvorschlag Bachelor BWL